

Ungleiche Chancen trotz gleicher Rechte

Autor(en): **Benz-Burger, Lydia**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **31 (1975)**

Heft 6-7

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-845345>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

kelten zählt und dass wirtschaftliche Macht — ein männliches Reservat — und politische Macht eng zusammengehören. Wie zäh Machtpositionen behauptet werden, zeigt der geringe Anteil oder das gänzliche Fehlen der Frauen in den Fraktionen der bürgerlichen Parteien. Mit dem Gedanken der Partnerschaft scheinen insbesondere die Männer dieser Parteien noch grosse Mühe zu haben.

M.B.

Ungleiche Chancen trotz gleicher Rechte

Eine politisch soziologische Untersuchung in zwei Zürcher Stadtkreisen, durchgeführt vom Institut für Meinungsforschung AG Baden.

Der Frauenärztin **Dr. Nelly Hohl-Spiess**, Zürich, fällt das Verdienst zu, diese Untersuchung in Auftrag gegeben zu haben, um empirische Unterlagen zu erhalten, Annahmen bestätigt zu finden, falsche Meinungen aufzudecken, damit die Benachteiligten — die Frauen nämlich — Informationen über ihre ungleichen Chancen erhalten, denn — **nur wer über seine Benachteiligung Bescheid weiss, kann sich richtig wehren.**

Die Untersuchung gliedert sich in zwei Teile. Im ersten werden die Resultate der kandidierenden Frauen bei den Gemeinderatswahlen in der Stadt Zürich 1974 einer eingehenden Analyse unterzogen, im zweiten und zugleich zentralen Teil wird den Meinungen. Urteilen, Assoziationen zur politischen Gleichberechtigung der Frau nachgegangen, wobei eine demoskopische Befragung bei einem repräsentativen Querschnitt von 200 Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern in den Stadtkreisen 6 und 10 das Grundlagematerial liefert.

Unerfreuliche Prophezeiungen werden bestätigt

Eine in der UNESCO-Studie über die Stellung der Frau in der Schweiz geäusserte Prophezeiung, wonach Männer und Frauen, die der **formalen politischen Gleichberechtigung** der Frau zustimmen, nach wie vor **Gegner des aktiven politischen Engagements** der Frauen seien (1971 haben sich von den Befragten zwischen 45 bis 70 Prozent grundsätzlich gegen die politische Teilnahme der Frau ausgesprochen), scheint sich inzwischen zu bewahrheiten. Indizien für eine fortwährende politische Benachteiligung der Frauen im politischen Leben sind zum Beispiel folgende: Frauen sind als Kandidatinnen auf Wahllisten in der Minderzahl; die wenigen Frauen in den Parlamenten sind in wichtigen Kommissionen kaum vertreten; politisch aktive Frauen werden besonders scharf beobachtet.

Die Benachteiligung der weiblichen Kandidaten anlässlich der Gemeinderatswahlen in der Stadt Zürich 1974 sieht zahlenmässig wie folgt aus: Von 247 kandidierenden Frauen wurden acht gewählt (3,2 Prozent), 2,4 Prozent Frauen sind erste und 2,8 Prozent Frauen sind zweite Ersatzkandidatinnen. Von 716 kandidierenden Männern wurden 117 gewählt (16,3 Prozent), 8 Prozent sind erste und 7,4 Prozent sind zweite Ersatzkandidaten. Betrachtet man die Wahlliste von hinten, ist der Misserfolg noch gravierender: 25 Prozent der weiblichen Kandidaten bilden das «Schlusslicht», 18,2 Prozent stehen an zweitletzter und 15 Prozent an drittletzter Stelle.

Auf drei Ebenen des Selektionsprozesses sind Frauen benachteiligt:

1. Bei der Aufstellung der Kandidatenliste sind sie untervertreten.

2. Bei der parteiinternen Plazierung schneiden sie relativ schlecht ab.
3. Im eigentlichen Wahlgang werden die männlichen den weiblichen Kandidaten vorgezogen.

Die Bemühungen der Parteien um weibliche Kandidaten waren offenbar nicht überall gleich ernsthaft und ausdauernd, auch wenn unbestreitbar ist, dass Frauen weniger häufig geneigt sind, sich um ein politisches Amt zu bewerben als Männer. Wenige unter ihnen haben ein Parteiamt inne. Man nimmt an, dass nur 1 bis 2 Prozent der Frauen Mitglieder von politischen Parteien sind, Gewerkschaftsmitglieder eingerechnet. So sind die Frauen hinsichtlich Anhang ebenfalls benachteiligt. Zudem leidet ihr Bekanntheitsgrad durch Heirat und Wohnsitzwechsel.

Politik, vorläufig noch Männersache

84 Prozent der männlichen und 91 Prozent der weiblichen Befragten haben dem Grundsatz der Gleichheit aller Menschen zugestimmt. In der persönlichen Meinung zum politischen Engagement der Frauen werden jedoch Unterschiede deutlich, indem nur 46 Prozent der Männer gegenüber 68 Prozent der Frauen vorbehaltlos einer Zusammenarbeit zwischen Männern und Frauen in der Politik zustimmen. 11 Prozent der Männer finden nach wie vor, Politik sei Sache der Männer, und 42 Prozent der Männer möchten die Frauen auf Gebiete wie Schule und Fürsorge verweisen. In dieser Fragestellung werden Unterschiede hinsichtlich Bildung und Alter deutlich: Je höher die Bildung der Befragten, um so mehr Vertrauen und Vorurteilslosigkeit in das politische Engagement der Frauen, je höher das Alter, um so weniger Toleranz; die über 50jährigen Männer markieren deutlich die Grenze. Die Tatsache bleibt

bestehen, dass immer noch rund die **Hälfte der Befragten** die Mitarbeit der Frau in der Politik höchstens auf einigen wenigen, der weiblichen Natur angeblich entsprechenden Gebieten akzeptiert. Die von Gegnern der politischen Mitarbeit der Frau bis heute immer wieder aufgestellte Behauptung, die Frauen selber wollten von politischer Gleichheit und Gleichberechtigung nichts wissen, ist eindeutig **falsch**, da sich 68 Prozent der Frauen gegenüber 46 Prozent der Männer für die vollständige politische Gleichberechtigung ausgesprochen haben. Hinsichtlich Konfessionen gibt es keine Unterschiede.

Ob sich das Frauenstimmrecht eher positiv oder negativ auswirke, beurteilen 58 Prozent Männer und 63 Prozent Frauen als eher positiv. Der gegensätzlichen Einstellung — über die Hälfte der Anhänger der Rollentrennungsnorm sehen die Auswirkungen des Frauenstimmrechts dennoch positiv — liegt offenbar die Erkenntnis zugrunde, dass durch die Zuteilung der formalen politischen Gleichberechtigung sich an der realen politischen Machtlosigkeit der Frauen nicht viel geändert hat.

Was das Ausfüllen der Stimmzettel anbelangt, deuten 61 Prozent der männlichen und nur 31 Prozent der weiblichen Befragten eine männliche Dominanz an. Glaubt der Mann tatsächlich, er verstehe mehr von Politik als die Frau, oder wird sie derart subtil vom Mann beherrscht, dass sie es nicht wahrnimmt?

Die Untersuchung liefert noch weitere interessante Zahlen und Fakten. Sollten die Parteien an einer besseren politischen Integration der Frau interessiert sein — und dieser Beweis wäre noch zu liefern —, böte dieses Material wichtige Grundlagen.

Dr. Lydia Benz-Burger